



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

November/Dezember • # 1026/1027



Endlager-Kommission

Atommüll – quo vadis?

Kommission

Ein Zwischenfazit über die bisherige Arbeit der Endlager-Kommission bringt Bestätigung der ablehnenden Haltung.

Interviews

Landesbischof Meister spricht über die Kommission, Bundesumweltministerin Hendricks über Wahrheit und Ehrlichkeit.

Aktion

Die bundesweite Kampagne „Tatorte in Deutschland“ läuft demnächst aus. Ein Rückblick auf Aktionen und das was bleibt.

Neulich hatte ich eine Vision

Ich lief durch Frankfurt am Main, durch das Europa-Viertel, das zurzeit errichtet wird. Eine kilometerlange Straße, lang wie eine Landebahn, links und rechts Wohnblöcke, Lofts, Bars. Auf den Plakaten wird mit Lebensgefühl geworben. Man sieht fiktive junge Leute in dem fiktiv bereits fertiggestellten Stadtteil, alle sitzen in Cocktailbars, es ist helle Nacht, und im Hintergrund glitzern die Fassaden der verglasten Wohnungen.

Ich hatte die Vision eines Menschenlebens. Du wohnst da, hast dein Auto in der Tiefgarage (Aufzug bis direkt vor die Fahrtür), kannst auch S-Bahn fahren, lebst hinter Vierfachverglasung, vollklimatisiert, stylish eingerichtet, siehst durch die Panzerfenster oben die Flugzeuge, hörst sie nicht, riechst nichts, sitzt am Bildschirm, hast junge Freundinnen (denn du bist selbst jung) und gehst Cocktails trinken. Und das ist deine Welt. AOK-überprüft am Handgelenk.

In Frankfurt gehen wir jetzt seit drei Jahren jeden Montag auch zu einer Montagsdemo: an den Flughafen. Das interessiert nicht wirklich die Mehrheit in Frankfurt.

Als ich vor elf Jahren erstmals im Wendland wohnte, war meine Vision des desaströsen Menschen eigentlich noch die des ganz normalen Bundesbürgers außerhalb des Wendlands. Ich dachte, das bundesrepublikanische System ist ganz zufrieden, wenn man die Konsumoberfläche so hinnimmt und sich keine Sorgen darum macht, brav sein Auto fährt, einkauft. Nein, auch so bleibt es nicht.

Du hast einen Cocktail in der Hand und feierst. Alles ist, wie es ist, und es kommt scheinbar aus dem Nichts. Einfach so. Gabs eigentlich noch nie in der Weltgeschichte. Und wills dir wer ausreden, dann spürst du, wie sie hochkommt, diese Aggressivität. Denn das ist dein Leben und gehört dir. Ja, lebe DEIN Leben! Gruß ins Wendland. Draußen wird es immer schlimmer.

Andreas Maier
Schriftsteller





Liebe Leserinnen und Leser,

während die Endlagerkommission in Berlin um Geschäfts- und Tagesordnungen streitet und längst in Arbeitsgruppen zerfallen ist, haben die Standortinitiativen gegen Atomanlagen in ihrer Herbstkampagne „Atommüll-Alarm“ zahllose Tattorte in Deutschland aufgezeigt, wie Jan Becker und Andreas Conradt berichten.

Zweifellos ist es dem Wortungetüm der „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ nur vorübergehend gelungen, die Proteste rund um das hochradioaktive Atommüll-Desaster etwas stiller werden zu lassen. Das könnte allerdings weniger an der Debatte der Kommission liegen, als vielmehr daran, dass ein Zielort für künftige Castortransporte außer Sicht ist. Wo seit drei Jahrzehnten Transporte wegen „zwingender Staatsverträge“ durchgeknuppelt werden mussten, ist der Regierung

mit einem Mal alles möglich. Nachdem nun die Politik, von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, bereits ein Drittel ihrer öffentlichen Debatte vertan hat, wagt Jochen Stay von .ausgestrahlt ein Zwischenfazit. Soviel steht allemal fest: Das vollmundige Versprechen der Parteien, das untaugliche Standortauswahlgesetz schnellstmöglich zu evaluieren, scheint in weite Ferne gerückt.

Fraglos räkelt sich im Schatten der quälenden Mammut Sitzungen ein altes Ungeheuer. Eben noch kläglich, erhebt die wiedererwachende Atomindustrie nun eine Flut von Klagen. Besonders pikant: Während die betroffene Bevölkerung seit Jahrzehnten von Rechts wegen klaglos gestellt war, beklagen die Atomkonzerne nun genau jenes Gesetz, aufgrund dessen sie selbst in der Kommission überproportional vertreten sind und damit auch jegliche Alternative zum Salz von Gorleben.

Volker Schürg führt uns anhand des

verheerenden Lecks im amerikanischen Endlager WIPP einmal mehr vor's Auge, was bei Atommülllagerung in Salz offenbar vorprogrammiert sein könnte. In einem Interview erklärt uns Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, dass in Gorleben nicht nur alles offen gehalten wird, sondern weiter alles offen ist und warum die Endlagerkommission die Fehler der Vergangenheit und Lügen der Politik nicht aufarbeiten soll. Wie unter diesen schlechten Rahmenbedingungen Ralf Meister als Kommissionsmitglied eine moderate Rolle einnehmen kann und wie die Landeskirche zum Widerstand steht, fragen Wolfgang Ehmke und Torsten Koopmann den Landesbischof. Mit dieser Ausgabe beginnt auch eine neue Serie „Ressourcenabbau um jeden Preis“, gleich zu Beginn klärt uns Francis Althoff über den Preis des Frackings auf. Einen energieeffizienten Winter, ausreichend erneuerbare Ressourcen und viel Zeit zur Besinnung wünscht

Martin Donat, Vorsitzender der BI

Aufruf: Künstler, Musiker, Gaukler gesucht

Die BI war schon da, und die Kulturelle Landpartie (KLP) hat es für sich beschlossen: Am Pfingst-Freitag, dem 22. Mai 2015, findet die Kulturelle Landpartie in Gorleben statt. Mit einer Kulturellen Widerstands-Party wollen Künstler, Widerständler, Anti-Atom-Aktive und Kulturschaffende gemeinsam die widerständische Kultur wieder in und an den Brennpunkt der Atompolitik im Wendland bringen. Widerstand lebt bekanntlich vom Mitmachen, und daher sind natürlich auch alle Gruppen, Verbände, Vereine und Akteure und ihre Freunde eingeladen, mit von der Party zu sein. Neben der Möglichkeit die Wunde.r.punkte und andere Aktivitäten zu präsentieren, soll der Spaß nicht zu kurz kommen. Theater, Kleinkunst und Musik werden an allen Ecken und Enden zu finden sein – und die Suche nach einem abendlichen Top-Act hat gerade erst begonnen, denn unser kultureller Widerstand will bis in den Abend feiern.

Wer mit seiner Idee, Aktion, Ausstellung im KLP-Begleiter erscheinen möchte, melde sich bis 1. Dezember bei Katrin Grasnack (Mail: k.grasnack@gmx.de, Tel.: 0170 - 9951777) oder Falko Berkemeier von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (Mail: falko.berkemeier@bi-luechow-dannenberg.de, Tel.: 0151 - 62 62 280).

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Anschrift: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure: Andreas Conradt, Torsten Koopmann (Anschrift wie oben), **Redaktion:** Jan Becker, Andreas Conradt, Wolfgang Ehmke, Marianne Fritzen, Torben Klages, Anja Meyer
Gestaltung: Andrea Hagen
Korrektorat: Franziska Behn
Druck: dieUmweltDruckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 4700, gedruckt auf
Recyclingpapier Circle Matt White

SO WIRD ES NICHT FUNKTIONIEREN

Jochen Stays Zwischenfazit nach einem halben Jahr Atommüll-Kommission

Im April hat der Bundestag die Atommüll-Kommission eingesetzt. Seither hat sie fünf Mal getagt, sich aber bisher hauptsächlich damit beschäftigt, ihre Arbeit zu organisieren. Trotzdem ist ein erstes politisches Fazit möglich, denn in und um die Kommission zeigt sich bereits deutlich deren Stellenwert in der Atommüll-Debatte.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Greenpeace, „ausgestrahlt“ und unzählige weitere Anti-Atom-Organisationen und Initiativen haben sich dagegen ausgesprochen, in der Kommission mitzuarbeiten und der Kommission zuzuarbeiten. Auch hier lohnt sich nach einem halben Jahr ein erstes Fazit, ob sich die damaligen Einschätzungen bestätigt haben.

Zusammensetzung der Kommission: Erzählt wird immer, da saßen acht Vertreter/-innen des Bundestages, acht Vertreter/-innen der Bundesländer, acht Wissenschaftler und acht Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft. In Wirklichkeit ist es komplizierter: Der Vertreter der Gewerkschaft ver.di, Erhard Ott, ist

Übrigens: Die Deutsche Umweltstiftung, vor ihrem Eintritt in die Kommission in der Atommüll-Debatte nie groß aufgefallen, wird von einem fünfköpfigen Vorstand geleitet, dem mit Ute Vogt (SPD) und Hermann Ott (Grüne) zwei Politiker/-innen angehören, die das Endlagersuchgesetz im Bundestag mit beschlossen haben. Klaus Brunsmeier (BUND) und Jörg Sommer (Umweltstiftung) werden in der Kommission bisher nicht besonders ernst genommen. Ihre Statements und Vorschläge werden kaum aufgegriffen. Es scheint den anderen Kommissionsmitgliedern zu genügen, dass die Umweltverbands-Plätze besetzt sind. Ihre Positionen spielen keine große Rolle.

Konsens: Vorher angekündigt wurde, dass die Kommission im Konsens entscheiden soll. So steht es auch in ihrer Geschäftsordnung. Doch tatsächlich wird in der Regel per Mehrheitsabstimmung entschieden. Oder die Entscheidung wird gleich den beiden Vorsitzenden überlassen. Wenn aber Mehrheiten Minderheiten überstimmen,

können. Auch fallen wesentliche Entscheidungen intransparent, beispielsweise welche Expert/-innen zu Anhörungen eingeladen werden. So wird es nicht funktionieren.

Beteiligung: Der Streit über die Atommüll-Lagerung kann nur dann überwunden werden, wenn die Betroffenen, also die Menschen an den derzeitigen Zwischenlagern und an potenziell zukünftigen Standorten, dem Suchverfahren, den Kriterien und den Akteur/-innen der Suche vertrauen und aktiv daran mitgearbeitet und mitentschieden haben. Doch weder am Endlagersuchgesetz und der Zusammensetzung der Kommission noch an der Arbeit der Kommission sind die Betroffenen beteiligt. So wird es nicht funktionieren.

Themen: Während in der Kommission Sonntagsreden zu ethischen Herausforderungen beim Umgang mit Atommüll gehalten werden, fallen die Entscheidungen woanders. Die Verhandlungen über die Finanzierung des Atommüll-Desasters, Stichwort „Bad Bank“, laufen im Geheimen zwischen Regierung und Stromkonzernen ab. Die Frage, wo die 26 Castoren aus La Hague und Sellafield landen, endet wahrscheinlich vor Gericht, nachdem die AKW-Betreiber per Klage erzwingen wollen, den strahlenden Abfall weiter nach Gorleben bringen zu dürfen. Die Bundesregierung und das Land NRW bereiten den Export von 457 Castor-Behältern aus Jülich und Ahaus nach South Carolina (USA) vor, ohne die „Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfälle“ zu beteiligen. Die Überarbeitung der im Endlagersuchgesetz missglückten zukünftigen Behördenstruktur macht das Bundesumweltministerium unabhängig von der Kommission. So wird es nicht funktionieren.

Evaluation zuerst: Selbst der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil hat erkannt: Zuerst ein Gesetz zu machen und dann eine Kommission, das ist wie „erst die Schuhe und dann die Strümpfe anziehen“. Um diesen Geburtsfehler zu heilen, haben die Umweltverbände und Initiativen vorgeschlagen, die Kommissions-Arbeit in zwei Phasen zu teilen: Zuerst nur die Evaluation des Gesetzes. Dann beschließt der Bundestag das überarbeitete Gesetz. Und danach arbeitet die Kommission nach den dann neuen Spielregeln an ihren anderen Aufgaben. Der Bundestag hat vor Start der Kommission einen vagen Beschluss gefasst, den die einen so lesen, dass das Parlament diesen Weg mitgehen würde und andere lesen ihn so, dass diese Bereitschaft nicht wirklich vorhanden ist. Aber sei



gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsrats-Chef von E.ON. Der als Wissenschaftler berufene Bruno Thomauske ist eigentlich Präsidiumsmitglied im Deutschen Atomforum. Der Vertreter der katholischen Kirche, Georg Milbradt, ist ein ehemaliger CDU-Ministerpräsident. Die Politik hat sich noch zwei weitere Mitglieder gegönnt, indem sie zwei ehemalige Staatssekretäre von CDU und SPD (Ursula Heinen-Esser und Michael Müller) zu Vorsitzenden der Kommission gemacht hat. Das ist deshalb relevant, weil die beiden von den Kommissions-Mitgliedern viel Macht bekommen, Prozesse in ihrem Sinn zu steuern, Gäste einzuladen, Vorentscheidungen zu treffen und so weiter. So wird es nicht funktionieren.

wird es keinen gesellschaftlichen Konsens in der Atommüll-Frage geben. Die unterlegene Minderheit wird nicht aufhören, für ihre Interessen zu streiten. So wird es nicht funktionieren.

Transparenz: Seit 2011 ist vom „Neustart“ der Suche nach einem Atommüll-Lager die Rede. Und das am häufigsten gebrauchte Wort in diesem Zusammenhang ist „Transparenz“. Die Kommission schneidet da schlecht ab. Zwar gibt es nach anfänglichem Zögern inzwischen Livestream im Internet und Wortprotokolle. Aber die Unterlagen, über die bei einer Sitzung gesprochen wird, sind viel zu oft nicht öffentlich, so dass Zuschauer/-innen nicht folgen

es, wie es will: Tatsächlich hat sich die Kommission dagegen entschieden, diesen Weg zu verfolgen. Jetzt gibt es eine AG Evaluation, die parallel zu anderen AGs tagt. Wann sie ein Ergebnis vorlegt, ist ungewiss. So wird es nicht funktionieren.

Gorleben: Gorleben ist der einzige im Gesetz benannte Standort. Das Bergwerk wird nicht zugeschüttet, sondern offen gehalten. Die Veränderungssperre bleibt in Gorleben erhalten. An anderen potenziellen Standorten gibt es keine. Dort können findige Kommunalpolitiker/-innen Bohrungen für Erdwärme, Gasspeicher oder Gasgewin-

weitere Infos im Internet

www.gorleben-rundschau.de



nung organisieren und so Tatsachen schaffen, die eine Atommüll-Lagerung unmöglich machen. Vertreter der Atomwirtschaft und der CDU in der Kommission drängen darauf, festzulegen, dass das Problem der Atommüll-Lagerung „in dieser Generation gelöst werden soll.“ Klingt erst mal gut, bedeutet aber faktisch, dass alles auf Gor-

leben hinausläuft, weil nur hier schon ein Bergwerk vorhanden ist und der Standort somit zeitlichen Vorsprung vor allen anderen hat. So wird es nicht funktionieren.

Fazit: Die Entscheidung der allermeisten Umweltverbände und Initiativen, nicht in der Kommission mitzuarbeiten, war richtig. Denn die Praxis stellt sich als noch trostloser dar, als die negativen Prognosen im Vorhinein. Die einzige Möglichkeit, zu einem wirklichen gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Betroffenen zu kommen: Die Kommission stellt ihre Arbeit ein, Politik und Betroffene setzen sich an einen Tisch und handeln gemeinsam ein neues Verfahren aus.

Blog zur Kommission

Der Autor dieses Artikels, Jochen Stay, sitzt als „ständiger Beobachter“ bei den Kommissions-Sitzungen auf den Zuschauerplätzen, kommentiert das Geschehen live auf Twitter und bloggt zum Thema: www.blogs.ausgestrahlt.de/atommuell

Kommission im Wendland

Die Mitglieder der Endlager-Kommission werden im Januar das Zwischenlager sowie das so genannte Erkundungsbergwerk in Gorleben besuchen. Eine entsprechende Mitteilung haben die beiden Kommissions-Vorsitzenden an den Landrat des Kreises Lüchow-Dannenberg, Jürgen Schulz, gesandt. Ob und in welcher Form Widerstandsgruppen aus dem Wendland den Besuch mit Protesten begleiten, steht noch nicht fest.

Wortprotokolle

Nach anfänglicher Weigerung des Stenografischen Dienstes des Bundestags, konnte in der Sitzung am 8. September doch die Verpflichtung für Wortprotokolle in die Geschäftsordnung der Kommission aufgenommen werden. Für die ersten drei Sitzungen gibt es solche Protokolle nur auf der Website der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt. Rund 50 Aktive haben diese Protokolle in nächtelanger Arbeit getippt. Über den Fauxpas der Kommission titelte die taz deshalb: „Aktivisten führen Bundestag vor“.

Keine Mitarbeit

Nach ihrer grundsätzlichen Absage an die Kommission, haben Greenpeace, .ausgestrahlt und die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg auf einer gemeinsamen Preskonferenz in Berlin auch eine Mitarbeit als Gäste abgelehnt. Sie waren für die Sitzung am 3. November angefragt worden.

Arbeitsgruppen der Kommission

Die Endlager-Kommission hat sich auf die Einsetzung von zunächst drei Arbeitsgruppen (AGs) geeinigt. Dabei besteht laut Protokoll der zweiten Sitzung vom 30. Juni Übereinstimmung darüber, „zunächst mit einer ‚Lernphase‘ zu beginnen“.

Die AG *Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz* wird geleitet von Landesbischof Ralf Meister (siehe Interview Seite 6). Die Arbeitsgruppe wird sich in den kommenden Monaten mit den Lernfeldern Akzeptanz, Beteiligungsbereitschaft, Dialog, Vertrauen, Risikokontroverse und -ethik und Wahrhaftigkeit auseinandersetzen. Die AG zur Bürgerbeteiligung hat auch die Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit in Asse, Gorleben, Morsleben und Schacht Konrad übertragen bekommen.

Eine Arbeitsgruppe *Evaluation* wird sich mit der Machart des Standortauswahlgesetzes befassen. Dabei soll überprüft werden, ob das vom Bundestag 2013 beschlossene Gesetz tauglich ist für die anstehende Suche nach einem Standort für ein Atommüllendlager. Die Anti-Atom-Bewegung hatte zuletzt immer wieder kritisiert, dass die Evaluierung erst nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt und eine künftige Bundesregierung das Gesetz auf Empfehlung der Kommission zwar ändern kann, aber nicht notwendigerweise ändern muss. Den Vorsitz der AG hat Horst Steinkemper inne. Obwohl zu deren Gruppe in der Kommission gehörig, ist Steinkemper kein Wissenschaftler, sondern Verwaltungsjurist und Atomhardliner aus dem Umweltministerium.

Den sperrigsten Titel hat die dritte AG: *Gesellschaftliche und technisch-wissenschaftliche Entscheidungskriterien sowie Kriterien für Fehlerkorrektur unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben*. Bis zum Redaktionsschluss hat noch keine Sitzung der AG stattgefunden.

Wie für die Kommissionsarbeit selbst, sind unter anderem Vertreter der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) auch für die AGs angefragt. Doch auch diese Einladungen hat die BI ausgeschlagen und stattdessen die in Fragen der Öffentlichkeitsbeteiligung erfahrene Mediatorin und Rechtsanwältin Ulrike Donat empfohlen.

Die Absagen an Kommission und AGs entspringen der Befürchtung der Anti-Atom-Initiativen, dass eine Teilnahme im weiteren Verlauf der Kommissions-Arbeit als ausreichende Bürgerbeteiligung gewertet werden könnte.



... ERLÖSE UNS VON DEM BÖSEN

Torsten Koopmann und Wolfgang Ehmke im Gespräch mit Landesbischof Ralf Meister

Zu Beginn der Proteste um ein geplantes Endlager im Wendland hat die evangelische Kirche die Aktivitäten von Geistlichen innerhalb des Widerstands gerügt, zum Beispiel beim Kreuzweg vom AKW Krümmel nach Gorleben. Doch die Zeiten haben sich geändert, die unablässige Arbeit der Bürgerinitiative Lüchow-Danenberg und anderer Gorleben-Gegner hat ein Umdenken bewirkt – auch in der Kirche: Zum diesjährigen Jubiläum des ökumenischen Gorlebener Gebets, das jeden Sonntag in Sichtweite der Fördertürme des so genannten Erkundungsbergwerks stattfindet, reiste auch Landesbischof Ralf Meister an. Als ein Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen in der Endlagerkommission haben die Menschen im Wendland hohe Erwartungen an ihn.

Gorleben Rundschau: Vor 35 Jahren hat die evangelische Kirche das Engagement von Pastor/-innen im Wendland mit großer Skepsis verfolgt. Es gab zu Beginn der Auseinandersetzung um Gorleben sogar ein Predigtverbot. Was hat sich in der evangelischen Kirche in der Zeit des Gorleben-Protests gewandelt?

Landesbischof Ralf Meister: In meiner Predigt zum 25. Jahrestag des Gorlebener Gebets bin ich auf das – heute nicht mehr vorstellbare – Predigtverbot von 1980 eingegangen und habe klar gesagt, dass die Kirche hier Schuld auf sich geladen hat. Die Erinnerung an mutige Zeugen wie Pastor Gottfried Mahlke und seine Ehefrau und viele andere haben einen guten Lernprozess in unserer Landeskirche ausgelöst, der zu fortdauernder Beschäftigung mit der Gorlebener Situation geführt hat.

GR: Sie sind jetzt einer der gesellschaftlichen Vertreter in der Endlagerkommission. Sie wissen, dass wir die Einrichtung der Kommission heftig kritisiert haben. Haben Sie Verständnis für unsere Position, dass wir uns raushalten und nur von außen einmischen?

RM: Als es darum ging, ob sich die Umweltverbände an der Kommission beteiligen, habe ich dafür geworben, dass alle zivilgesellschaftlichen Akteure mitmachen, weil wir einen umfassenden Blick auf die Gefährdungen der Atomenergie brauchen. In der Kommission müssen möglichst alle sozialen, politik- und wissenschaftskritischen Erfahrungen zur Sprache kommen. Mir ist bewusst, dass im Prozess der Endlagersuche viele Feh-



ler gemacht wurden und das Vertrauen weitgehend zerstört ist. Ich habe Verständnis, wenn der Vertrauensbruch so tief ist, dass eine Mitarbeit für Bürgerinitiativen bundesweit in der Kommission nicht denkbar war. Ich glaube, dass wir die Stimmen innerhalb und außerhalb der Kommission brauchen und bin deshalb dankbar, dass die Umweltverbände die beiden Sitze besetzt haben.

GR: Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Kritiker/-innen der Atomkraft in die Debatte einzubeziehen?

RM: Die Kommission hat eine Arbeitsgruppe „Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Asse, Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben“ gebildet und mich als einen von zwei Vorsitzenden gewählt. Seit Juni dieses Jahres arbeiten wir an der Zielsetzung dieser Öffentlichkeitsbeteiligung und werden Gäste aus den vier Regionen in die Arbeitsgruppe einladen. Im Verlauf der nächsten AG-Sitzungen müssen Anzeichen für Beteiligungsprozesse sichtbar werden, die über die Transparenz der Kommissionsarbeit im

Livestream und die Einladungen von Gästen hinausgehen. Es geht auch darum, die Geschichte des Vertrauensverlustes aufzuarbeiten. Letzten Endes sind die Endlagersuche und ihre konzeptionelle Gestaltung ein Bildungsauftrag für Generationen und ich hoffe, dass die Partizipation der Kritiker an der Endlagersuche ein Vorbild für vergleichbare Prozesse sein könnte.

GR: Mal angenommen, die Endlagerkommission verständigt sich auf Kriterien für ein Endlager, will keine machbare, sondern die bestmögliche unter allen schlechten „Lösungen“. Wir befürchten, dass das von den Parteien wieder kassiert wird, weil sie keine Unruhe im Lande und den bisherigen Weg in Gorleben weiter verfolgen wollen. Halten Sie unsere Befürchtungen für unberechtigt?

RM: Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Ergebnisse der Kommission übergangen werden.

GR: Herr Bischof, wir danken für das Gespräch und hoffen auch auf Ihre Durchsetzungsstärke.

ATOMMÜLLKOMPROMISS IM EIMER

GR-Redaktion

E.on und RWE gehen mit Klagen gegen das Standortauswahlgesetz (StandAG) und die Änderung des Atomgesetzes vor. Verklagt werden sollen die Länder Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein. „Wir sehen uns nicht verpflichtet, die Kosten für eine sachlich nicht begründbare alternative Zwischenlagerung zu übernehmen“, sagte ein E.on-Sprecher. „Da die alternative Zwischenlagerung ausschließlich politisch motiviert ist, müssen die dadurch verursachten Kosten vollständig vom Staat getragen werden.“ Die Energie-Riesen drängen darauf, dass auch weiterhin Castoren in Gorleben eingelagert werden. 26 Behälter aus der Wiederaufarbeitung in La Hague und Sellafield mit verglasten mittel- und hochradioaktiven Abfällen stehen noch aus und sollen laut Atomgesetz nicht mehr nach Gorleben gebracht werden. Doch die Länder konnten sich bisher nicht darauf verständigen, wo die Behälter stattdessen zwischengelagert werden sollen. Die entsprechende Änderung des Gesetzes sollte Vertrauen im Wendland schaffen, es ginge um einen Neustart der Endlagersuche. Aber das Zaudern der Länder hat bisher nur das Gegenteil bewirkt, merkt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg an.

Ungewöhnlich scharfe Kritik an den Klagen der Atomkraftwerksbetreiber kommt auch vom niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne): „Die Abfallverursacher stellen Gesetze infrage, die von großen Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat getragen werden.“ Offenbar hätten Verantwortliche der kartellartig auftretenden Energieversorger noch nicht genug „Schmerzensgeld für die Fehler der Vergangenheit“ bezahlt.

Atomausstieg und Standortauswahlgesetz eröffneten die Chance, einen alten gesellschaftlichen Großkonflikt zu lösen und Wege zu einer verantwortungsvollen Dauerlagerung von hochradioaktivem Atommüll zu finden, sagte Wenzel. „Wer meint, dass diese Chance wegen der finanziellen Interessen einiger anonymer Aktionäre infrage gestellt werden soll, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.“ Der stellvertretende Vorsitzende des BUND, Klaus Brunsmeier, der als einer der Vertreter der Umweltverbände in der Endlager-Kommission sitzt, stellt klar, dass sich die Klagen gegen einen wesentlichen Teil der Arbeitsgrundlage der Kommission richten.

Auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) ist fassungslos: „Mit den Klagen ist der Atommüllkompromiss faktisch im Eimer,“ glaubt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Das sieht auch Jochen Stay von .ausgestrahlt so: „Spätestens mit den Klagen wird deutlich, dass die eigentliche Auseinandersetzung um die Atommüll-Streitfragen nicht in der Kommission stattfindet, sondern an ganz anderen Stellen. Die Bundesregierung hat es versäumt, vor der Entscheidung über das Endlagersuchgesetz Einvernehmen zur Frage der Castor-Lagerung herzustellen. Das fällt ihr jetzt auf die Füße.“ Doch damit nicht genug: E.on und RWE wollen das Endlagersuchgesetz auch noch mit weiteren juristischen Schritten torpedieren. Aus Sicht der beiden Energie-Riesen besteht kein Zweifel an der Eignung des Salzstocks im Wendland für ein Endlager für hochradioaktiven Müll.

Sie sehen die Neuausrichtung der Endlagersuche als rein politisches Manöver, für das sie nicht bereit sind, sich an den Mehrkosten von geschätzten 2,5 Milliarden Euro zu beteiligen.

So ist also nicht nur in der vergleichsweise harmlosen Frage der Lagerung der 26 Castoren wieder alles offen, sondern auch in der viel bedeutenderen Frage des Standorts eines Endlagers für den Nuklearmüll.

Die Gorleben-Gegner fordern deshalb insbesondere die Vertreter der Atomwirtschaft in der Endlagerkommission zum Rücktritt auf. „Das Standortauswahlgesetz muss umgehend novelliert werden. Die Lobbyvertreter haben nichts

weitere Infos im Internet

www.gorleben-rundschau.de



in einem solchen Gremium zu suchen“, meint Wolfgang Ehmke von der BI. Die Atombranche sei kein seriöser Partner. Die Kritik richtet sich an Bernhard Fischer, den Chef von E.on Kernkraft sowie der E.on-Kraftwerkssparte, der jetzt im Aufsichtsrat verschiedener E.on-Tochterunternehmen sitzt, und an Gerd Jäger, Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums und ehemaliger RWE-Vorstand für Atomkraftwerke.

Jochen Stay sieht im Verhalten der Stromkonzerne die Befürchtung bestätigt, dass der im Gesetz und mit der Kommission beschrittene Weg nicht funktionieren wird. „Die Energie-Konzerne haben damit quasi den Verhandlungstisch verlassen.“

Sollte sich das bewahrheiten und die Klagen erfolgreich sein, ist erneut mit massenhaften Protesten im Wendland zu rechnen. Wolfgang Ehmke: „Wenn die Stromkonzerne an weiteren Transporten festhalten, dann sind wir selbstverständlich wieder auf Straße und Schiene“.



MASSENHAFT TATORTE IN DEUTSCHLAND

von Jan Becker und Andreas Conradt



Die Debatte der Anti-Atom-Bewegung hat sich in den letzten Monaten verlagert. Wurde noch vor Kurzem der Atomausstieg gefordert oder gegen die Castortransporte ins Wendland mobil gemacht, richtet sich der Fokus der Szene jetzt auf die schiere Menge aller Arten von Atommüll und die völlig ungelöste Frage der Zwischen-, Dauer- und Endlagerung. Die Herbstkampagne vieler Anti-AKW-Gruppen untermauerte den neuen Blickwinkel.

Nachmittäglicher Wochenmarkt in Braunschweig, ein sonniger Tag Mitte September. Es riecht nach frischem Fisch und neuen Kartoffeln, vom Karussell klingt Kinderlachen, es herrscht Geschiebe und Gedränge. Mittendrin zwei Frauen mittleren Alters. Die eine, Marianne Neugebauer, bepackt mit Stapeln druckfrischer Infoblätter zum „Atommüll-Alarm“, die andere, Ulrike Rothbarth, mit Klemmbrett und Unterschriftenlisten. Die beiden sind nicht geschäftlich hier, wollen weder kaufen noch verkaufen. Ihre Waren sind Informationen über das Desaster mit dem deutschen Atommüll, bezahlt werden möchten sie durch Unterschriften auf der Kampagnen-Liste. „Zwölf haben wir schon“, sagt Marianne, „nicht schlecht für 'ne halbe Stunde.“ Beide Frauen sind geübt im Gespräch mit Passanten, nutzen den Braunschweiger Wochenmarkt häufig, um politische Informationen unters Volk zu bringen. „Durch die Nähe zur ASSE haben die Leute hier eine Grundsensibilität und bleiben gerne stehen“, sagt Ulrike. „Wir bekom-

men oft zu hören, dass die Menschen froh sind, dass wir uns drum kümmern.“ Am Abend zuvor war die bundesweite Kampagne „Atommüll-Alarm – Tatorte in Deutschland“ im taz-Café in Berlin offiziell gestartet worden. Umweltverbände und -Initiativen – darunter auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) – hatten zwischen Mitte September und Mitte November eine achtwöchige Info- und Aktionskampagne auf die Beine gestellt. Ziel war es, eine öffentliche Diskussion über die akuten Atommüll-Probleme anzustoßen.

Denn die, so die Initiatoren, müsse endlich „vom Kopf auf die Füße“ gestellt werden. Die Politik rede immer nur von der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle. Doch die akuten Probleme und Gefahren müssten an den vielen Orten im ganzen Land diskutiert werden, an denen der Atommüll tatsächlich liegt, forderte Kampagnensprecher Peter Dickel bei der Auftaktveranstaltung im taz-Café. Und das sei „überall in Deutschland“. Mit der Aktion wollte man „Emotionen wecken, um auf die Diskussion um den Atommüll Einfluss nehmen zu können. Wenn das nicht gelingt, kochen die Emotionen stattdessen nach Abschluss der Kommissionsarbeit hoch, wenn die Standorte benannt werden. Aber dann ist es womöglich zu spät“, so Dickel.

Ein herbstlicher Nachmittag auf Sankt Pauli. Es riecht nach Hafen und neuen Kartoffeln, von der Straße klingt Kinderlachen, es herrscht Geschiebe und Gedränge. Mittendrin ein Traktor mit Anhänger. Beide Fahrzeuge tragen das Kennzei-



Peter Dickel stellt in Berlin die Herbstkampagne vor.

chen DAN und sind mit Fahnen der Republik Freies Wendland geschmückt. Auf der Ladefläche gut eine Tonne frischer Biokartoffeln aus dem Wendland. Vom Anhänger aus spricht Kerstin Rudek von der BI Lüchow-Dannenberg ins Megaphon. Sie klärt die Umstehenden über die Lagerung der 113 Castoren im spöttisch als „Kartoffelscheune“ bezeichneten Zwischenlager in Gorleben auf. Am Rand der Ladefläche reicht Biobauer Aram Quis von der Bäuerlichen Notgemeinschaft Papiertüten mit Kartoffeln an Passanten herunter. An jeder Tüte ist ein Aufkleber befestigt: „Kartoffeln statt Atommüll lagern!“ Vor dem Anhänger betreiben die beiden wendländischen Widerstandsgruppen einen Infostand und erläutern den Zweck der bundesweiten Herbstkampagne. Zu deren Auftakt erschien eigens eine Zeitung, eine Unterschriftensammlung wurde gestartet, und in den Folgewo-

chen fanden viele hundert Veranstaltungen und Aktivitäten in ganz Deutschland statt. In Hamburg zum Beispiel die Kartoffel-Aktion, aber auch eine Hafenrundfahrt zu den Umschlagsorten von Uran und weitere Info-Veranstaltungen. In Berlin gab es eine „Uran-Aktionswoche“. Vor der Urananreicherungsanlage Gronau trafen sich Aktivist/-innen zu einer Kundgebung, an der ASSE zu einem Konzert. Im Rathaus Salzgitter-Lebenstedt wurde die Ausstellung „Tatort Schacht KONRAD“ gezeigt. In Ahaus informierte die dortige Bürgerinitiative zusammen mit der BI Lüchow-Dannenberg über Castortransporte. Veranstaltungen fanden auch in Schweinfurt nahe dem AKW Grafenrheinfeld, in Darmstadt, Bielefeld, Rostock, Dortmund und Göttingen statt. „Unsere normale Arbeit – also Gutachten, Vorträge, wissenschaftliche Expertisen – ist sehr sachlich geprägt. Mit der Kampagne wollen wir emotionaler sein“, meinte auch Wolfgang Ehmke, Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg. Thorben Becker vom BUND bekräftigte: „Es liegt sehr viel Atommüll im ganzen Land verteilt. Dadurch bekommt der Ausspruch ‚Gorleben ist überall‘ eine ganz neue Bedeutung.“ Die zeitlich relativ kurze Kampagne hinterlässt ein bleibendes Werk: Der bisher nur gedruckt vorliegende Atommüll-Report wurde zusätzlich auf einer Rechercheplattform im Internet



Ulrike Rotbarth (links) und Marianne Neugebauer (Mitte) verteilen Infomaterial auf dem Braunschweiger Wochenmarkt.

veröffentlicht. Nun sind alle Daten und Fakten, an welchen Orten in Deutschland der Atommüll unter welchen Bedingungen lagert, auch online verfügbar. „Das Atommüllthema brennt vielen Menschen unter den Nägeln. Insbesondere, wenn sie sich darüber im Klaren werden, dass das Problem auch in ihrer Nachbarschaft besteht“, meinte Politikwissenschaftlerin Ursula Schönberger, die maßgeblich an der Erstellung des Atommüll-Reports mitgearbeitet hatte, bei der Präsentation

der neuen Website in Hannover. Und die Sorge der Menschen ist durchaus berechtigt: Von Politikern und der Atomindustrie wird häufig der Eindruck erweckt, als gäbe es einige wenige Orte, an denen der Atommüll sicher aufbewahrt wird. Ziel der Herbstkampagne „Tatorte in Deutschland“ war, darauf hinzuweisen, dass es tatsächlich eine Vielzahl von Orten im ganzen Land gibt, an denen Atommüll produziert und gelagert wird. Zum Teil unter unhaltbaren Zuständen.

Online-Datenbank über Atommüll

Bürgerinitiativen und Verbände haben die Online-Datenbank www.atommuell-report.de vorgestellt, die ausweist, an welchen Orten in Deutschland welcher Atommüll liegt. Die Datenbank basiert auf der 2013 erstellten, 272-seitigen „Bestandsaufnahme Atommüll“ und soll Journalisten, Experten und der interessierten Öffentlichkeit als Rechercheinstrument zur Verfügung stehen. Diese bisher einmalige Übersicht wird künftig laufend aktualisiert und soll langfristig fortgeführt werden. Dabei werden sich Änderungen vor allem durch permanente Atommülltransporte ergeben. „Der Weg zur Klärung des langfristigen Umganges mit Atommüll fängt bei der Bestandsaufnahme des Atommülls an“, erläuterte die Politikwissenschaftlerin Ursula Schönberger während der Präsentation in Hannover. „Erst die standortscharfe Analyse macht die Komplexität des Problems deutlich und macht eine lösungsorientierte Diskussion möglich. Es

wäre die Aufgabe des Bundes gewesen, eine solche Bestandsaufnahme vorzulegen“, kritisierte Schönberger, „dort wird die tatsächliche Problemvielfalt jedoch durch abstrakte Summenbilder von „wärmeentwickelnden“ oder „gering wärmeentwickelnden“, von „konditionierten“ und „nicht konditionierten Abfällen“ kaschiert und ganze Abfallströme werden einfach wegdefiniert.“ Aktuell sei etwa das Beispiel der 457 Castorbehälter mit Brennelementkugeln aus NRW, die zu Forschungsmüll umdeklariert in die USA exportiert werden sollen. Das Projekt soll als unabhängige, breit getragene, fachliche Einrichtung auch dazu dienen, dass Wissen und die Erfahrungen generationsübergreifend zu sichern. Im Rahmen der Präsentation sagte der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Irrek von der Hochschule Ruhrwest: „Ich bin froh, dass es nun von unabhängiger Seite eine Übersicht über Menge und Standorte der Ewigkeitslasten gibt.“



Aktionstag zum Abschluss

Die Kampagne „Atommüll-Alarm – Tatorte in Deutschland“ endet am 15. November mit einem bundesweit abgehaltenen, dezentralen Aktionstag. Informationen gibt es auf der Website der Kampagne: www.atommuell-alarm.info

„SO OFFEN WIE NIE ZUVOR“

von Jens Feuerriegel (Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 10. September 2014)



Als Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) im September zu ihrem Antrittsbesuch nach Gorleben und Lüchow kam, schlugen ihr die bekannten Zweifel des Wendlands an dem Endlager-Suchverfahren entgegen. Nach der Abendveranstaltung meinten einige Besucher, dass die Ministerin mit Blick auf Gorleben sogar hinter den Äußerungen ihres Vorgängers Peter Altmaier (CDU) zurückgeblieben sei. Die in Lüchow erscheinende Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) hakte bei der Ministerin nach.

EJZ: Frau Ministerin, bei Ihrem Auftritt im September in Lüchow blieben Sie sehr förmlich. Neben der Gesetzeslage, wonach für Gorleben alles offen sei, haben Sie doch sicherlich auch als SPD-Politikerin eine Wunschkategorie für Gorleben.

Hendricks: Mag sein, dass meine Äußerungen für Sie förmlich gewirkt haben. Dabei ging es mir doch nur darum, nichts zu versprechen, was ich nicht halten kann. Von Versprechen, die nicht gehalten wurden, haben die Menschen in Lüchow-Dannenberg Jahrzehnte lang mehr als genug gehört. Es geht nicht darum, was ich mir in Bezug auf Gorleben wünsche, sondern um Ehrlichkeit und Offenheit. Nur dadurch lässt sich Vertrauen in das

neue Verfahren zur Endlager-Suche gewinnen.

EJZ: Viele Ihrer SPD-Kollegen haben sich immer wieder derart positioniert, dass Gorleben bereits in der ersten Runde an den Sicherheitskriterien scheitern würde. Von dieser offensiven Betrachtung war von Ihnen in Lüchow nichts zu hören. Dass für Gorleben alles offen sei – sprach da mehr die Ministerin als die SPD-Politikerin?

Hendricks: Ich schaue nicht zurück, sondern nach vorn. Wenn wir Gorleben politisch ausschließen, wäre das eine schwere Hypothek für jeden anderen künftigen Endlager-Standort. Ob Gorleben nach den wissenschaftlichen Auswahlkriterien, die erst noch zu bestimmen sind, aus dem Rennen ist, weiß ich heute nicht. Ich kann und will den Arbeiten der Wissenschaftler nicht vorgreifen.

Aber wenn wir heute sagen können, für Gorleben ist alles offen, dann sollten wir diesen Fortschritt nicht unterschätzen, denn noch vor einem Jahr war für Gorleben gar nichts offen außer der Perspektive als Endlager-Standort.

EJZ: Ein zentrales Thema des Gorleben-Widerstandes ist derzeit die Veränderungssperre als präjudizierendes Ele-

ment für Gorleben. Warum erlässt man eine solche Sperre nicht auch für andere potenzielle Standorte? Und sei es nur, um bis zum Ende der Kommissionsarbeit in diesem Punkt das Misstrauen in der hiesigen Region zu minimieren?

Hendricks: Die Veränderungssperre für Gorleben ist zwingende Folge der gesetzlich vorgeschriebenen Offenhaltung des Salzstocks. Sie kann nur dann aufgehoben werden, wenn entschieden ist, dass Gorleben nach wissenschaftlich fundierten Kriterien als potenzieller Endlager-Standort ausscheidet. Eins ist aber auch klar: Sobald andere Standorte in die engere Wahl kommen – und das wird mit Sicherheit der Fall sein – werden auch diese eine Veränderungssperre bekommen.

EJZ: Wie gedenken Sie eigentlich mit der Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben umzugehen?

Hendricks: Das ist klar in Paragraph 29 des Standortauswahlgesetzes geregelt. Die Vorläufige Sicherheitsanalyse ist ohne eine Eignungsprognose für Gorleben erstellt worden. Der Umstand, dass für den Standort Gorleben Ergebnisse aus der bisherigen Erkundung vorliegen, darf bei der vergleichenden Bewertung des Standortes mit anderen Standorten im

Auswahlverfahren ebenso wenig berücksichtigt werden wie der Umstand, dass in Gorleben bereits ein Bergwerk eingerichtet wurde.

EJZ: Sie mussten sich am Donnerstag immer wieder die Frage nach der Glaubwürdigkeit des Verfahrens stellen lassen. Konnten Sie es am Ende überhaupt noch hören?

Hendricks: Vor dem Hintergrund der vielen bitteren Erfahrungen in den vorigen 30 Jahren kann ich den Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg überhaupt nicht verübeln, dass sie äußerst misstrauisch gegenüber allem sind, was nicht sofort und gleich zum Aus für Gorleben führt. Eine solche einfache Lösung gibt es aber nicht, und es wäre unehrlich, sie zu versprechen.

Den einzigen Weg beschreibt das Transparent, das hinter mir auf der Bühne

hing: „Ehrliche Endlagersuche statt Gorleben-Lüge“. Genau darum geht es. Ehrliche Endlagersuche statt politische Vorfestlegungen.

EJZ: Wie guter Hoffnung sind Sie, dass die Endlager-Kommission die Gorleben-Geschichte sauber aufarbeitet und daraus Konsequenzen für das weitere Verfahren zieht?

Hendricks: Die Kommission des Bundestags hat eine klar umrissene Aufgabe. Daran und nur daran sollten wir sie messen. Anders als mancher sich wünscht, ist sie keine rückwärtsgewandte „Wahrheitskommission“, die die politischen Lügen und Fehlentscheidungen aufarbeiten soll, die es beim Einstieg in die Atomkraftnutzung oder in der Gorleben-

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

Geschichte zweifellos gegeben hat. Ich erwarte von der Kommission, dass sie die wissenschaftlichen Kriterien liefert, nach denen die ergebnisoffene Endlagersuche erfolgen soll.

EJZ: Zuletzt: Was sagt Ihr Bauchgefühl – bleibt Gorleben am Ende der Kommissionsarbeit noch im Pool der zu vergleichenden Standorte?

Hendricks: Am Ende der Kommissionsarbeit sind noch keine Standort-Entscheidungen zu erwarten. Mein Bauchgefühl kann da nichts dran ändern. Ich weiß aber, dass es ohne die Beharrlichkeit und die Hartnäckigkeit der Menschen im Wendland nie dazu gekommen wäre, dass die Vorfestlegung auf Gorleben aufgehoben wurde und die Frage nach dem Endlager-Standort heute so offen ist wie nie zuvor. Das verdient Anerkennung und Respekt.

Gesetz wird abgearbeitet ein Kommentar von Wolfgang Ehmke



Wolfgang Ehmke (rechts) und Martin Donat übergeben 7000 Unterschriften der BIKampagne Castor 2015 stoppen! an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks.

Barbara Hendricks ließ keinerlei Zweifel aufkommen: Gorleben bleibt als Favorit im Topf möglicher Endlager, deshalb bleibt es auch bei der Veränderungssperre! Basta! Oberflächennah darf danach auch über das Jahr 2015 keine Bau- oder Fördermaßnahme stattfinden, die den Salzstock Gorleben als Atommülldeponie gefährden könnte. Unter Tage wird das Bergwerk offen gehalten. Ein Verfüllen der Kammern und Stollen käme nicht

in Frage. Hendricks: „Das hätten Sie wohl gern!“ Das grenzte schon an Häme: Mit

Nachdruck verteidigte die Umweltministerin bei ihrem Auftritt in Lüchow das Standortauswahlgesetz mit all seinen Tücken und Fallstricken: „Das Gesetz wird abgearbeitet!“

Damit die Öffentlichkeit glaubt, dass die Endlagersuche neu gestartet wird, soll es ja keine Castor-Transporte nach Gorleben mehr geben. Bis Ostern wollte Hendricks mit den Ländervertreter/-innen klären, wo die restlichen 26 Castor-Behälter aus der

Wiederaufarbeitung in La Hague und Sellafield landen könnten. Daraus wurde bisher nichts – ein schlechtes Zeichen für die Bereitschaft der Länder, das Atommülldesaster neu zu überdenken und Verantwortung zu übernehmen. Doch Hendricks gab sich optimistisch, Brunsbüttel und Biblis kämen in Frage, und Philippsburg habe die Bereitschaft erklärt, die fünf Behälter mit mittelaktiven verglasten Abfällen aus La Hague zu übernehmen. Hendricks: „Sonst muss ich eben weisen!“

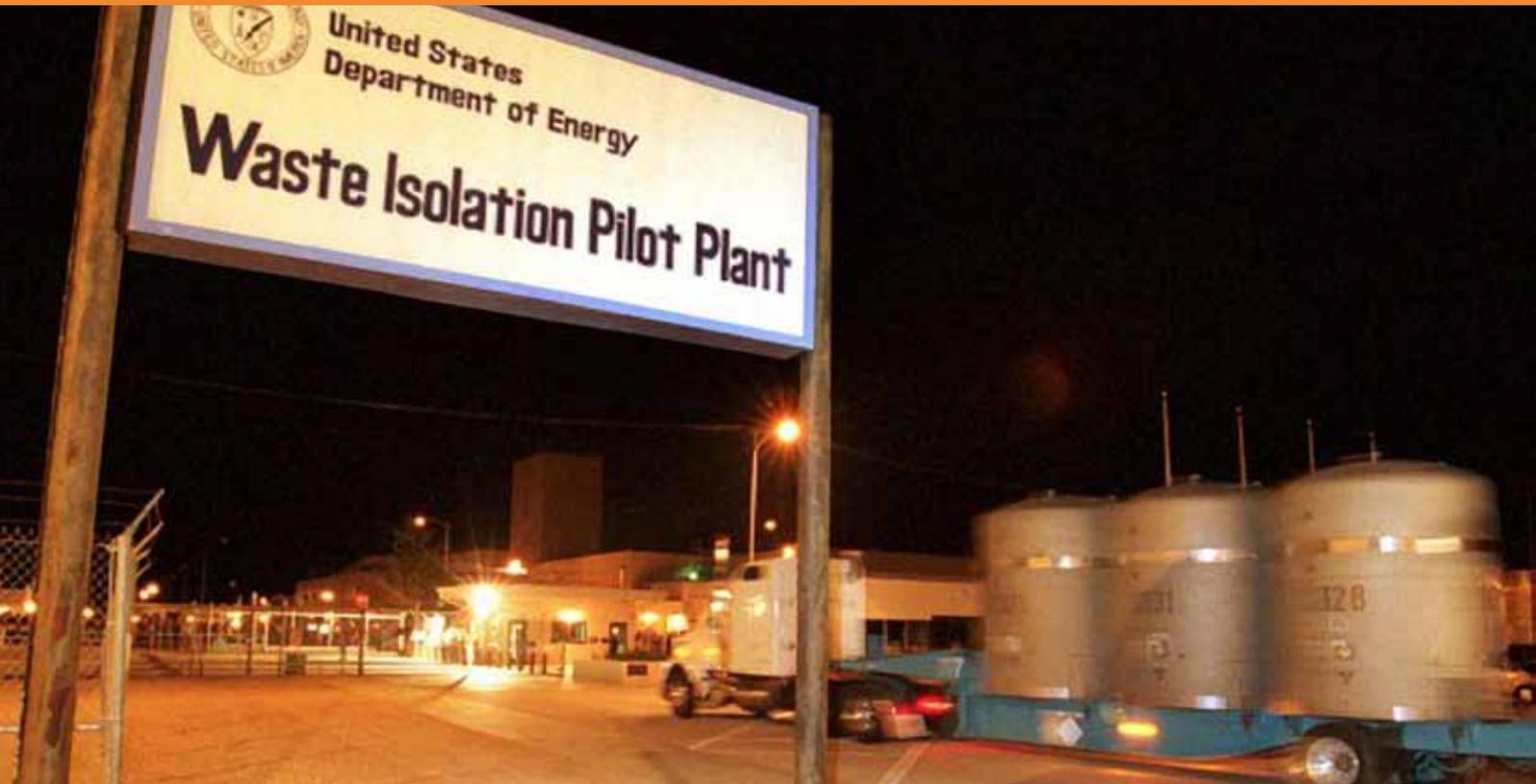
Ein Tag später: Die Energiewerke Baden-Württemberg dementieren. Sie weisen das Anliegen der Politik, in Philippsburg diese Behälter einzulagern, zurück! Die EnBW sind übrigens ein Landesunternehmen. Ministerpräsident Kretschmann, übernehmen Sie!

In Hessen will die grüne Parteikollegin und Umweltministerin Priska Hinz einen Deal, die Kosten für eine verpatzte Stilllegungsverfügung des AKW Biblis – es geht um 235 Millionen Euro – soll der Bund übernehmen, dann ließe sich über die Castoren reden. Und Brunsbüttel? Da geht gerade gar nichts, weil das Oberverwaltungsgericht Schleswig die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager kassiert hat. Dafür macht Brunsbüttel ständig Schlagzeilen mit verrosteten Fässern.

Wir müssen wohl selbst dafür sorgen, dass eine neue Ära im Umgang mit Atommüll beginnt!

UNFALL IM ATOM-ENDLAGER DER USA

von Volker Schürg



„Atomare Abfälle sind weder besonders gefährlich, noch schwer zu handhaben. Sichere Methoden für die endgültige Lagerung von hochradioaktivem Abfall sind technisch erprobt“, so postuliert die World Nuclear Association (Welt-Atomenergie-Vereinigung). Der Satz zeugt vom Glauben an die Unfehlbarkeit der Wissenschaft. Doch er lässt die Fehlbarkeit des Menschen außer Acht. Am 14. Februar ereignete sich im Pilot-Endlager für atomare Abfälle der USA ein ernsthafter Unfall.

Das Waste Isolation Pilot Plant (WIPP) ist ein Endlagerprojekt in der Wüste im Süden des US-amerikanischen Bundesstaates New Mexico. Dort werden seit 1999 atomare Abfälle, insbesondere so genannte Transurane aus der Atombombenproduktion, in rund 650 m Tiefe in einem Salzbergwerk eingelagert. Transurane sind Schwermetalle, deren Atome schwerer sind als Uran-Atome. Sie kommen natürlicherweise auf der Erde nicht vor. Seit Anwendung der Atomtechnologie entstehen sie bei der Herstellung von Atombomben und beim Betrieb von Atomkraftwerken. Zu den Transuranen zählt das bekannte Plutonium (Halbwertszeit: 27 000 Jahre) und auch Americium (Halbwertszeit: 432 Jahre). Die World Nuclear Association zählt die im WIPP gelagerten Transurane zu „langlebigem mittelradioaktivem Abfall“ (long-lived inter-

mediate-level waste). Zwar ist die Radioaktivität der Stoffe, gemessen in Becquerel, nicht besonders hoch, da sie bei der Konditionierung (Abfüllung in Fässer) stark verdünnt wurden. Trotzdem handelt es sich um extrem giftigen und damit hochgradig gefährlichen Abfall: Die Radioaktivität dieser Alpha-Strahler kann zwar durch ein einfaches Blatt Papier abgeschirmt werden. Gelangen sie jedoch in den Körper, schädigen Alpha-Strahler direkt die Zelle beziehungsweise deren Erbsubstanz, die DNA. Werden geringste Mengen davon als Staub eingeatmet oder mit der Nahrung aufgenommen, können im Laufe der folgenden dreißig Lebensjahre schwere Schäden wie Krebs, Defekte an Spermato- oder Eizellen oder an Embryonen auftreten. So entstehen auch Missbildungen bei Neugeborenen, die innerlich unsichtbar oder äußerlich sichtbar sind. Plutonium und Americium befindet sich auch in den deutschen Castor-Behältern, die abgebranntes Brennstoffmaterial enthalten.

Am 14. Februar dieses Jahres wurde im WIPP unter Tage ein Strahlen-Alarm durch das Luftüberwachungssystem ausgelöst. Die Alpha-Strahlung stieg bis auf das 200 000-fache des normalen Wertes an. Im Bergwerk befanden sich keine Arbeiter. Das Belüftungssystem wurde innerhalb von 56 Sekunden auf Filter umgeleitet, wodurch ein Entweichen von radioaktiver Materie in die Umwelt verhindert

werden sollte. Trotzdem wurden über Tage 21 Arbeiter mit Plutonium und Americium kontaminiert. Ein Vertreter der US-amerikanischen Energiebehörde, DOE, erklärte, die außen gemessene Radioaktivität bedeute für die Bevölkerung kein größeres Risiko als das Röntgen eines Zahns oder eines Langstreckenfluges. Doch erst zwei Monate nach dem Unfall wagten sich erste Teams in schweren Schutzanzügen in das Bergwerk. Weitere zwei Monate später waren Arbeiter bis zu einer Einlagerungskammer vorgegangen, in der ein geplatztes Fass entdeckt wurde.

Das amerikanische Wirtschaftsmagazin Forbes berichtet über die mögliche Ursache für das Unglück: Es sei denkbar, dass durch chemische Reaktionen zwischen den Materialien, die bei der Kon-

weitere Infos im Internet
www.gorleben-rundschau.de

ditionierung vermischt wurden, Gase entstanden. Diese ließen den Druck ansteigen, so dass das Fass platzte. In der Folge wurden radioaktive Stoffe, unter anderem Plutonium und Americium, freigesetzt. Mit Kameras, die über den Fässern geführt werden, soll nun untersucht werden, ob noch weitere Fässer geplatzt sind.

Es kann als wahrscheinlich angenommen werden, dass im Laufe der nächsten Zeit noch weitere, ähnlich konditionierte Fäs-

ser platzen und ihre strahlende Fracht abgeben werden. Ob diese gefährlichen Stoffe durch ein Verschließen der Einlagerungskammern von der Umwelt ferngehalten werden können, wie man es in der ASSE versucht hat und wie es in Morsleben geplant ist, bleibt höchst zweifelhaft. Ob und wann das unterirdische Endlager WIPP mit den atomaren Hinterlassenschaften aus den vielen Standorten in den USA weiter befüllt werden kann, das kann auch ein knappes Jahr nach dem Unglück niemand sagen. In Deutschland werden die radioaktiven Abfälle aus dem Betrieb der Atomkraftwerke, die Transurane enthalten, bisher in den Zwischenlagern an den AKWs und in den zentralen Zwischenlagern Gorleben, Ahaus und Lubmin gelagert. Die im WIPP untergebrachten Fässer un-

terscheiden sich zwar hinsichtlich der Konditionierung und der äußeren Abschirmung von den in den deutschen Zwischenlagern eingelagerten Fässern und Castoren. Es zeigt sich aber, dass weder Betreiber noch Aufsichtsbehörden garantieren können, dass in der Atomtechnologie unvorhergesehene Unfälle, bei denen große Mengen radioaktiver Stoffe freigesetzt werden, vermieden werden können. Die Gefahr von Unfällen ist ständig gegeben, weil Bedenken, die von Umweltschutzorganisationen oder unabhängigen Wissenschaftlern vorgebracht werden, unberücksichtigt bleiben. Dabei müsste gerade Deutschland alarmiert sein: Ein Unfall mit Freisetzung radioaktiver Stoffe würde in der dicht besiedelten Bundesrepublik unweigerlich zu einer Katastrophe führen.



Das Fasslager nässt

Feuchte Stellen im Fasslager Gorleben und abgeplatzte Farbe an einigen Atom-
müllfässern machte Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel bei einem Besuch in Gorleben aus. Der Grünen-Politiker und die Betreiberfirma, die Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), vereinbarten daraufhin einen Einlagerungsstopp. Er soll so lange gelten, bis Prüfungen zur Ursache von Feuchtigkeit auf dem Hallenboden abgeschlossen sind, sagte Wenzel bei einem Besuch der Anlage. Die Maßnahme ist jedoch unzureichend,

findet die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Sie fordert seit geraumer Zeit, dass der Zustand der Fässer genauer untersucht wird. „Es ist nur eine Sichtkontrolle der ersten Reihen möglich, aber der Zustand der Fässer im Atomkraftwerk Brunsbüttel legt die Forderung nahe, dass die Bude richtig ausgeleuchtet wird“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Dem pflichtete Wenzel teilweise bei: „Wenn bereits nach 30 Jahren Probleme bei der Aufbewahrung des Atommülls auftreten, ist die Sorge bezüglich der vor uns liegenden längeren Zeiträume nicht unbegrün-

det.“ Die Feuchtigkeit im Abfalllager für schwach- und mittelradioaktive Stoffe wurde von der Atomaufsicht zum Anlass genommen, auch andere Anlagen auf dem Gelände zu prüfen. Dabei wurde in der Lagerhalle der 113 Castor-Behälter mit hoch radioaktivem Müll ein konstruktionsbedingter Regeneintrag festgestellt. Mitglieder der BI konstatierten daraufhin: „Wir dürfen gespannt sein, ob die Fässer dicht sind, oder ob Zustände wie in Brunsbüttel herrschen, wo ein Drittel der Atommüll-Fässer stark beschädigt, durchgerostet sind.“

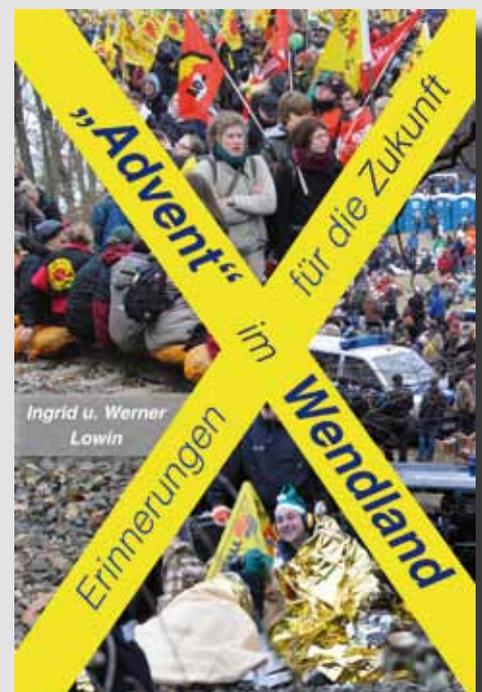
Neues Widerstands-Fotobuch

Es ist genau drei Jahre her, dass das Wendland den des bislang letzten Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben erleben musste: Am 1. Advent-Wochenende 2011 wurden elf Behälter mit hochradioaktivem Atommüll in die so genannte Kartoffelscheune verbracht. Atomkraft-Gegnern gelang es, aus diesem 13. Transport den längsten der Geschichte zu machen.

Wie bei allen Castor-Transporten davor, wurde der Widerstand im November 2011 vom wendländischen Fotografen-Ehepaar Ingrid und Werner Lowin mit der Kamera begleitet. Sie sind überzeugt, dass die Proteste und Aktionen im Herbst 2011 die Polizei an die Grenze des ihr Möglichen gebracht haben und die Politik zur scheinbaren Umkehr in Gorleben – wenn auch nur, um den Widerstand vorerst zu beruhigen.

„Wir haben uns entschlossen, mit unseren Fotos an die Adventstage vor drei Jahren zu erinnern und dem Widerstand ein Gesicht zu geben.“ Herausgekommen ist ein neues Fotobuch des Ehepaars. Es trägt den passenden Titel Advent im Wendland. Die Unterzeile dieses Titels ist das weithin bekannte Markenzeichen von Ingrid und Werner Lowin: Erinnerungen für die Zukunft. „Diese ‚Erinnerungen‘ halten wir gerade in einer Zeit, in der mit ‚Küchengesprächen‘, Runden Tischen, Kommissionen und lockenden, aber fadenscheinigen Bürgerbeteiligungen diese Ruhigstellung stabilisiert werden soll, für notwendiger denn je.“

Das Fotobuch Advent im Wendland enthält 80 Seiten mit über 300 Farbfotos. Es kann für 10 Euro (Spendenempfehlung) im Büro der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg in Lüchow und in vielen anderen Geschäften im Wendland erworben werden. Auch eine telefonische Bestellung ist möglich: 05841 - 4684.



FLAGGE ZEIGEN GEGEN FRACKING

von Francis Althoff

SERIE



Das Zeitalter der fossilen Energiere-sourcen der Erde ist endlich, das Ende schon absehbar. Wissenschaftler weisen seit Jahrzehnten auf diese Tatsache hin. Zwar kennt niemand das genaue Datum, an dem das letzte Barrel Öl verbrannt, der letzte Klumpen Uran verstromt sein wird, doch es herrscht Einigkeit, dass die Menschheit möglichst schnell neue Energiequellen erschließen muss. So viel zur Theorie. Die Praxis sieht freilich ganz anders aus. In einer neuen Serie beleuchtet die GR, welche Anstrengungen unternommen werden – nicht etwa, um Neues auf den Weg zu bringen, sondern, um an Altem festzuhalten.

Denn weltweit setzen Energiekonzerne alles daran, die letzten fossilen Ressourcen aus dem Boden zu pressen und die letzten Uranvorkommen zu erschließen. Für den Profit wird nicht vor brisanten Umweltgefährdungen Halt gemacht. Was sich in Millionen von Jahren entwickelt hat, wird ohne Rücksicht auf die Folgen von wenigen Menschengenerationen unwiederbringlich vernichtet und dabei die Erde und der Mensch systematisch vergiftet. Obendrein wird durch den Verbrauch der Klimawandel verschärft. Auch Geldgier, Macht und Kriege sind mit der Ausbeutung der Rohstoffe verbunden. Das in der Erdkruste vorhandene Erdgas beispielsweise ist vor 15 bis 600 Millionen

Jahren aus organischen Substanzen wie Algen, Plankton und Mikroorganismen unter Luftabschluss, hohem Druck und hoher Temperatur entstanden. Hauptbestandteil des so entstandenen Erdgases ist Methan. Weitere Bestandteile können – abhängig vom Vorkommen – unter anderem Ethan, Propan, Schwefelwasserstoff, Stickstoff und Kohlenstoffdioxid sein.

Um auch noch an die letzten Reserven zu gelangen, wird in mehreren Kilometern Tiefe Gestein aufgebrochen, das in seinen Poren Gas enthält. Beim sogenannten „Hydraulic Fracturing“ (Fracking) werden giftige Chemikalien zusammen mit Wasser und meistens Sand als Stützmittel mit bis zu 1300 bar Druck in die Erde gepresst, um an das eingeschlossene Gas zu gelangen. In den USA werden zwischen acht und 19 Millionen Liter Wasser für die Ausbeutung einer Gasquelle verbraucht. Bei dort jährlich fast 50 000 erschlossenen Gasquellen steigt der Wasserverbrauch auf rund 530 Milliarden Liter. Von Lobbyisten ist immer wieder zu hören, dass „nur“ ein Prozent chemische Zusatzstoffe verpresst würden. Nach diesem Beispiel also „nur“ 5,3 Milliarden Liter. Wenn Bohrungsummantelungen undicht sind, können bereits bei herkömmlichen Gasbohrungen die giftigen Substanzen Grundwasser, Flüsse und Seen verseuchen. Darum setzen sich unter anderem

betreffene Mineralwasserhersteller und Bierbrauereien gegen Fracking zur Wehr. Aber auch private Brunnen, beispielsweise für die Garten- oder Ackerbewässerung, sind betroffen. Gutachten ergaben, dass 58 von 260 untersuchten Fracking-Substanzen Eigenschaften haben, die Anlass zu großer Besorgnis geben. Siebzehn Substanzen sind klassifiziert als toxisch für Wasserorganismen, 38 toxisch für die menschliche Gesundheit, acht als krebserregend, sechs als vermutlich krebserregend, sieben als genverändernd. Fünf Substanzen haben Auswirkungen auf die Fortpflanzung

Zusätzliche Gefahr besteht durch aus der Tiefe mitgeführte Schwermetalle wie Quecksilber, Blei, Lithium, Cadmium, Tellur, Wismut oder radioaktive Stoffe. Beim Zerfall von Uran und Thorium im Erdinneren bilden sich die Isotope Radium 228 und 226 mit Halbwertszeiten (HWZ) von 1600 beziehungsweise 5,75 Jahren. Radium ist Ausgangsnuklid des Gases Radon 222 (HWZ 4 Tage), das permanent durch Radium „nachproduziert“ wird, zu Feststoff zerfällt und beispielsweise an Staub anhaftend zu Lungenkrebs führen kann. Im Raum Salzwedel wurde an alten Rohren das 126-fache der Hintergrundstrahlung gemessen. Auf Fotos sind Quecksilberkugeln als Ablagerungen in den Rohren dokumentiert. Im Jahr 1975 ist für Erdgasförderstellen im Raum Wustrow ein Quecksilbergehalt von Besorgnis erregenden 2 Milligramm pro Kubikmeter Gas gemessen worden. Nach der Erdgasförderung wird das Lagerstättenwasser vom Gas getrennt und über Leitungen oder Tankfahrzeuge zu Versenkbohrungen transportiert. Im Aufsichtsbezirk des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG; zuständig für Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg) befinden sich etwa 800 Kilometer Leitungen aus Kunststoff, davon rund 525 Kilometer im Boden verlegt. Bei Benzol, Toluol, Ethylbenzol und Xylol im Lagerstättenwasser kommt es zu einer langsamen Durchdringung (Diffusion) der Rohrwand aus Polyethylen, ohne dass diese beschädigt wird. Wie im Raum Rotenburg geschehen, hat das Folgen für Boden- und Grundwasser. Rotenburg ist zudem von Erdbeben betroffen, die durch die Frakturierung des Gesteins im Erdinneren ausgelöst werden.

Bundes- und Landesregierung suggerieren, Fracking solle verboten oder nur außerhalb von Grundwasserschutzgebieten erlaubt werden. Im Umkehrschluss heißt das aber, dass alle anderen Flächen

in Deutschland, also über 80 Prozent des Bundesgebiets, bedroht bleiben. Zudem betrifft es lediglich „unkonventionelle“ Lagerstätten, wie Schiefer- und Kohleflözgas. Für „konventionelle“ Lagerstätten, also nahezu alle in Norddeutschland, und auch die im wendländischen „Rotliegenden“ Sandstein, soll Fracking zulässig bleiben, angeblich unter Berücksichtigung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP). Doch das ist Augenwischerei, denn nach dem völlig antiquierten Bundesberggesetz erfordert die Gewinnung von Erdgas zu gewerblichen Zwecken erst dann eine UVP, wenn das tägliche Fördervolumen 500 000 Kubikmeter Erdgas übersteigt. Bürgerbeteiligung adé, obwohl sogar der die Bundesregierung beratende Sachverständigenrat für Umweltfragen die Technologie als riskant und überflüssig einschätzt.

Auch irrationale Ängste werden geschürt: Angeblich würde Fracking von russischen Gasimporten unabhängiger machen, verbreiten Lobbyisten.

Der jüngst abgelöste ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Initiativen gegen Fracking würden von Russland bezahlt, um eine Abhängigkeit von russischen Gasimporten zu forcieren. Dabei würde die mit enormem Aufwand und Gefahren verbundene Schiefergasförderung in Deutschland nur knapp drei Prozent des Energieverbrauchs decken können.

Bei einem entschlossenen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien wäre dies wesentlich schneller und umweltfreundlicher zu erreichen. Sauberes Grundwasser ist die wichtigste Überlebensgrundlage für Flora und Fauna – und damit auch für die Menschheit. Ammoniumverbindungen, Petroleumverbindungen, Biozide, Säuren, Oxydationsmittel, Enzyme, Korrosionsschutzmittel, Gele, Schäume und Reibungsminderer, wie beim Fracking benutzt, haben im Wasser nichts zu suchen.

Der Slogan der Anti-Fracking-Organisationen lautet darum auch „Hände weg vom Grundwasser!“

Und im wendländischen Aufsuchungsgebiet Prezelle scannt derweil ein Mainzer Ingenieurbüro seismo-elektromagnetisch per Hubschrauber den Untergrund in mehr als 4000 Metern Tiefe auf Öl- oder Gasvorkommen.

Irgendetwas muss doch noch aus der Erde zu quetschen sein...

Gemeinnützig: ja oder nein?

Warum zu Weihnachten nicht einmal daran erinnern, dass nach einem langjährigen Prozessverfahren zwischen dem Finanzamt Lüchow und unserer Bürgerinitiative (BI) der Oberfinanzhof München unter „Az: Urteil vom 29. August 1984 I R 203/81“ uns – und da es ein Grundsatzurteil war, vielen anderen Umweltschutzgruppen auch – die Möglichkeit gab, die Gemeinnützigkeit zu erhalten. Interessant wäre zu beschreiben, mit welch akribisch gesammelten Mitteln und Behauptungen hiesige Behörden versucht haben, das verhasste Konstrukt „BI“ zu entmachen.

Durch drei Instanzen mussten wir uns kämpfen! Finanzgericht Hannover, Oberfinanzhof München mit Zurückverweis nach Hannover. Die Begründung des obersten Finanzgerichts umfasst 28 Seiten. Unmöglich sie hier ausführlich zu würdi-

gen. Die Elbe-Jeetzel-Zeitung berichtete am 27. November 1984 unter dem Titel „Umwelt-Initiative als gemeinnützig anerkannt“: „Ohne den Namen und die Aufgabe der klagenden Vereinigung zu nennen, vertrat der Bundesfinanzhof in seiner gestern veröffentlichten Entscheidung die Auffassung, dass der weite Bereich Umweltschutz als Satzungszweck eine Vielzahl verschiedener Betätigungen der Bürgerinitiative zulasse. Das gelte auch dann, wenn beispielsweise bei den Vorbereitungen zum Bau einer nuklearen Entsorgungsanlage eine ‚gewisse Beeinflussung‘ der politischen Meinung bezüglich der Energiepolitik nicht auszuschließen ist und sich die Tätigkeiten gegen Maßnahmen richten, die im Rahmen der geltenden atomrechtlichen Bestimmungen in den zuständigen staatlichen Organen schon genehmigt worden sind“.

Marianne Fritzen

KURZNACHRICHTEN AUS DER BI

Aktionen und politische Arbeit

Nach der Sommerpause wurde im September die **Ökologische Filmreihe** im Kino des *Café Grenzbereiche* in Platenlaase wieder aufgenommen. Gezeigt wurden seit dem die Filme *Population Boom* und *Meat the Truth*.

Anfang September war – auf Einladung der BI – **Bundesumweltministerin Barbara Hendricks** (SPD) in Lüchow und stellte sich kritischen Fragen der Gorleben-Gegner. Das hätte spannend werden können, aber die Ministerin verstand es geschickt, um den heißen Brei herumzureden. So blieb ein fader Nachgeschmack.

Mitte September starteten die AG Schacht Konrad, der BUND und die BI Lüchow-Dannenberg die Kampagne **Atommüll-Alarm – Tatorte in Deutschland** mit einer Info- und Diskussionsveranstaltung im taz-Café in Berlin. Ab Mitte Oktober hatte auch die BI im Rahmen der Kampagne diverse Termine: BI-Vorsitzender Martin Donat sprach auf der Tagung *Endlager-suche – Zusammenarbeit von Kommission und Öffentlichkeit* der Evangelischen Akademie in **Loccum**, und während der Aktion **Kartoffeln statt Atommüll lagern** in Hamburg brachte die BI – neben einer Tonne Bio-Kartoffeln – reichlich Informationsmaterial unters Volk. Es folgten zwei Infoveranstaltungen mit dem Titel *Castor-Chaos in Ahaus und Lubmin* und eine weitere namens **Tatort Philippsburg** am dortigen AKW. Die Kampagne lief Mitte November aus.

Auch um Themen „jenseits von Gorle-

ben“ kümmert sich die BI mittlerweile regelmäßig: Anfang Oktober war Aktivist Andy Gheorghiu im Wendland und gestaltete zusammen mit der Fracking-AG der Bürgerinitiative die Veranstaltung **Kein Fracking im Wendland! Hände weg vom Grundwasser!** Nur zwei Tage später veranstaltete das *Bündnis gegen Rechts* einen Infoabend mit dem Titel *National befreite Zone in einem Dorf?* Anschließend gab's im *Café Grenzbereiche* eine Soli-Tanznacht.

Am 26. Oktober wurde am Schwarzbau im Gorlebener Forst ein Jubiläum begangen: Seit fünf Jahren treffen sich dort jeden Sonntag Aktivist/-innen zum Spaziergang um das so genannte Erkundungsbergwerk. Gewürdigt wurde das Engagement der vielen Spaziergänger durch einen nächtlichen **Poetry-Slam** am Samstagabend davor.

Erst vor kurzem, am 7. November, gab es einen traurigen Jahrestag: An jenem Freitag jährte sich zum zehnten Mal der Todestag des französischen Atomkraftgegners Sébastien Briat, der beim Atommüll-Transport im Jahr 2004 in der Nähe der Ortschaft Avricourt vom Castor-Zug erfasst wurde und noch am Unfallort starb.

Am diesjährigen Todestag gab es eine **Kundgebung in Lüneburg**, zwei Tage später wurde von Widerständlern aus dem Wendland ein **Mahnmal** auf dem Salinas-Gelände an den Gorlebener Atomanlagen eingeweiht.



IM ZWEIFEL FÜR DEN STAAT

GR-Redaktion

Immer wieder kommt es im Zuge von Protest- und Blockadeaktionen zu Auseinandersetzungen mit von allzu viel Demokratie genervten Polizeibeamt/-innen. Regelmäßig landen diese Auseinandersetzungen vor Gericht – meist angestrengt von staatlicher Seite. Häufig werden dabei groteske Urteile gefällt.

Gerade in letzter Zeit sind Fälle geradezu absurder Verfahren und Urteile bekannt geworden.

Apostel Petrus

So wurde im November 2013 der Theologe Christoph Stoodt vom Landgericht Darmstadt wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte in zweiter Instanz zur Zahlung von 4000 Euro Geldstrafe verurteilt. Ein Versuch, den Fall in dritter Instanz vor dem OLG Frankfurt überprüfen zu lassen, wurde abgewiesen. „Die mir vorgeworfene Widerstandshandlung ist in meinen Augen eine Konstruktion, deren Zweck darin besteht, mich politisch einzuschüchtern“, wertet Stoodt das Urteil. Ursprünglich sollte er sogar wegen schwerer Körperverletzung, Nötigung und ähnlichen Vorwürfen vor Gericht zitiert werden. Das alles war schon vom Tisch, bevor der Prozess begann. Es blieb die angebliche Widerstandshandlung. „Keine Berücksichtigung vor Gericht fand meine Aussage, ich sei überhaupt nicht von einer Beamtin festgenommen worden, gegen die ich angeblich Widerstand geleistet haben soll, sondern von einem Beamten.“ Die Frage, ob Stoodts Erinnerung oder die Anschuldigung der Beamtin und ihres Kollegen richtig ist, wäre an sich leicht zu klären gewesen. Es hätte dafür nur der polizeilichen Festnahmeprotokolle des entsprechenden Abends bedurft. Die aber sind nach Auskunft der Polizei leider verschwunden. Und dies sind nicht die einzigen Ungereimtheiten des Prozesses. „Besonders bemerkenswert fand ich den landgerichtlichen Vergleich meiner Person mit der

des Apostels Petrus, die ich in der mündlichen Begründung des Urteils in zweiter Instanz zu hören bekam“, so Stoodt. Wenn, argumentierte der Richter, sogar der

Apostel Petrus bei der Festnahme Jesu Widerstand geleistet und mit dem Schwert einem Soldaten des Hohepriesters ein Ohr abgeschlagen hätte, dann sei das Stoodt als Theologe in seinem, „Adrenalinrausch“ eben auch zuzutrauen. Und las als Beweis aus der Bibel Johannes 18, Vers 10 vor. „Ich finde, dass dieses Urteil politisch zu bewerten und nicht nur gegen mich per-

sönlich gerichtet ist, auch wenn ich es durchaus persönlich nehme.“

Teures Pinkeln

Noch absurder klingt die Geschichte einer Aktivistin, die mit anderen Atomkraftgegner/-innen im August dieses Jahres im Hafenterrain Hamburg Süd einen Urantransport blockierte. Sie hatte sich an die Gleise gekettet, um auf die zahlreichen Atomtransporte aufmerksam zu machen, die weitgehend unbemerkt durchs Hamburger Stadtgebiet rollen.

Nach mehreren Stunden am Gleis wurde die Fixierung schließlich von einer Spezialeinheit der Polizei gelöst, und die Bahnstrecke war wieder frei. Bereits während der Räumung äußerte die Aktivistin, sie müsse dringend pinkeln und bat darum, ihr dies unverzüglich nach Loslösung vom Gleis zu ermöglichen. Doch das wurde ihr verweigert. Es kam zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen Polizei und der Aktivistin, die vom Gleis weg auf eine nahegelegene Straße geführt worden war. In unmittelbarer Nähe wären durch Gebüsch verdeckte Möglichkeiten zur Erleichterung gewesen.

Dorthin wurde die Aktivistin jedoch nicht durchgelassen, obwohl auch Außenstehende der Polizei zu verstehen gaben, wie respektlos und erniedrigend ihr Verhalten sei. In äußerster Not kündigte die Aktivistin schließlich an, notgedrungen auf die Straße pinkeln zu müssen. Selbst diese Ankündigung führte nicht zum Einlenken der eingesetzten Polizeibeamtin. Es kam, wie die Aktivistin musste ...

Die Anzeige der Polizei folgte unmittelbar, das Urteil über eine Buße in Höhe von 100 Euro ein paar Monate später. Die Betroffene hat nun Rechtsmittel gegen das Bußgeld eingelegt. Auch sie sieht in dem Urteil mehr als einen Verwaltungsakt: „Vergleichbare Fälle sind kein Einzelfall. Immer wieder berichten Menschen von Demütigungen durch Angehörige der Polizei, die ihre Machtposition ausnutzen.“

Laber ned so ne Scheiße

Im Verlauf einer mehrstündigen Blockadeaktion für einen sofortigen Atomausstieg am AKW Neckarwestheim Ende April 2013 durchbrach ein PKW die Absperrungen und Transparente an der Zufahrt zum Gelände, die ihm die Sicht auf möglicherweise dahinter befindliche Personen versperrt haben müssen, und fuhr in die Demonstration hinein und weiter auf hölzerne Blockadekonstruktionen zu, auf denen sich in fünf Metern Höhe Menschen befanden. Aktivist/-innen zwangen den Fahrer anzuhalten, doch trotz der Aufforderung, den Wagen zu stoppen, gab er erneut Gas und setzte mehrmals vor und zurück. Dabei zogen sich mehrere Personen Prellungen und Fußverletzungen zu.

Die wegen der Demonstration eingesetzte Polizei kam erst hinzu, als Aktivist/-innen den Fahrer überzeugt hatten, weitere Fahrversuche zu unterlassen. Statt Spurensicherung zu betreiben, verharmloste die Polizei den Vorgang als Verkehrsunfall und Fahrlässigkeit und weigerte sich, Anzeigen der Betroffenen aufzunehmen. Ein dennoch erwirktes Verfahren gegen den Mann wurde kürzlich eingestellt ...

Stattdessen wurden einige der rund 40 Aktivist/-innen vorgeladen, um wegen angeblicher Sachbeschädigung am PKW, Bedrohung und Beleidigung vernommen zu werden. Einem von ihnen wurde Anfang Oktober der Prozess gemacht, weil er einen Polizisten beleidigt haben soll. Er hätte ihn geduzt und aufgefordert: „Laber doch ned so ne Scheiße.“



... gemeint sind wir alle!

Fast schon zum Standard-Repertoire des deutschen Justiz-Apparats gehört es, aus einer Gruppe von Aktivist/-innen oder Blockierer/-innen nur eine Person – vermutlich willkürlich – herauszugreifen und anzuklagen. Ziel dabei: Herauslösung aus der halt gebenden Gruppe, Einschüchterung, Hoffnung auf Entsolidarisierung der Nicht-Angeklagten. Jüngstes Beispiel ist die Klage gegen Ulla Busse, die im Jahr 2011 zusammen mit weiteren rund zwanzig Menschen Gleise bei Ludwigslust blockierte, um so den Castor-Transport ins Zwischenlager in Lubmin zu verhindern.

Protest in der dritten Dimension

Und auch durch viele Menschen lässt sich die Polizei nicht von ihrem fragwürdigen Verhalten abbringen: Auf der großen, gut besuchten Energiewendedemo vom November 2013 in Berlin versuchte sie, Kletteraktivist/-innen daran zu hindern, ihre Meinung mittels Transparenten an einer großen Säule vor dem Hauptbahnhof kundzutun.

Polizeibeamt/-innen stürzten sich auf eine Kletterin, die sich in rund zwei Metern Höhe gesichert noch in Reichweite befand. Sie zogen an ihr und weigerten sich, das Gesetz der Schwerkraft anzuerkennen: Je mehr an der Kletterin gezogen wurde, desto fester zog sich ihre Sicherung. Die Kletterin bekam keine Luft mehr, wurde durch das Zerren der Polizeibeamt/-innen verletzt. Zahlreiche Demonstrant/-innen stützten die Kletterin und wiesen die Polizei auf die Rechtswidrigkeit ihres Handelns hin. Der letzte Gerichtsbeschluss über die Zulässigkeit einer solchen Kletteraktion zum Zweck der Meinungsäußerung war nur wenige Monate alt (Az. VG Berlin 1 K 257.11).

Trotzdem eskalierte die Situation: Als ein Beamter in der unübersichtlichen Menschenmenge ein scharfes Messer zog, brach Panik aus. Die Polizei zog sich zwar schließlich ohne Angabe von Gründen zurück, die Kletterin erlitt aber diverse Prellungen und eine Kreislaufstörung. Ihren Weg nach oben setzte sie nach einer Pause mit Hilfe eines anderen, sich bereits oben befindlichen Kletteraktivisten fort. Die beiden konnten schließlich zur Freude aller Demonstrationsteilnehmer/-innen und der Presse ihre Banner gegen Kohlekraft in luftiger Höhe zeigen. Vor Gericht soll sich nun nicht die gewalttätige Polizei, sondern die Kletteraktivistin verantworten. Wie so oft, zeigte die Polizei das Opfer ihrer Gewalt an. Die Angeklagte hat gegen den Strafbefehl in Höhe von 90 Tagessätzen oder 90 Tagen Haft wegen Körperverletzung, Widerstand und Beleidigung vom Amtsgericht Tiergarten Einspruch erhoben.

Einschüchterung unzulässig

Manchmal immerhin urteilen Gerichte auch im Sinne von Demonstrant/-innen und mithin gegen das Verhalten der Polizei: Das Verwaltungsgericht Hannover hat in seiner Entscheidung vom 14. Juli festgestellt, dass schon das präventive Vorhalten einer auch nur teilweise ausgefahrenen Mastkamera, durch die bei den Versammlungsteilnehmer/-innen der Eindruck erweckt werden könnte, beobachtet oder gefilmt zu werden, nur bei Vorliegen solcher Gefahren zulässig ist, bei denen Bild- und Tonübertragungen oder -aufzeichnungen nach dem niedersächsischen Versammlungsgesetz erlaubt sind. In der Begründung verweist das Gericht auf den Einschüchterungseffekt der Maßnahme.

Allerdings: Sind trotz hoher Wahrscheinlichkeit des friedlichen



Verlaufs einer Versammlung Störungen durch Sachbeschädigungen, Gewaltdelikte, Flaschenwürfe und Ähnliches denkbar, ist das Vorhalten eines mit einer Mastkamera ausgestatteten Fahrzeugs des polizeilichen Beweissicherungs- und Dokumentationstrupps vor Ort legitim.

Dank an Spender

Nach einem Aufruf in der *Gorleben Rundschau*, für das Gerichtsverfahren von Anke Dreckmann gegen das Standortzwischenlager am AKW Brunsbüttel zu spenden, sind Gelder bei ihr eingegangen. „Dafür möchte ich mich bedanken, ohne jeden einzelnen Spender erreichen zu können.“

Wegen der Klage ist sie in letzter Zeit häufig nach dem Stand der Dinge gefragt worden. „Rechtsanwalt Wollenteit ist der Meinung, dass der 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) mit der Klage gegen die Elbvertiefung schwer zu tun hatte, dass aber ein Beschluss zum Zwischenlager noch in diesem Jahr gefasst wird“, so Dreckmann.

Am 19. Juni 2013 bekam die Klägerin gegen das Zwischenlager Recht ohne Zulassung einer Revision. Dem haben das *Bundesamt für Strahlenschutz* und die *Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH & Co oHG* am 19. Mai 2014 widersprochen. Darauf zu antworten, hat das BVerwG nicht zugelassen. Eine Frist für die Richter, zu einem Beschluss zu kommen, gibt es nicht.

Soli fürs Eichhörnchen

Der Prozess gegen Cécile Lecomte wegen der Kletteraktion bei der Energiewende-Demo in Berlin (s. Artikel) ist auf den 11. November 2014 festgelegt worden. Die als „Eichhörnchen“ bekannte Kletter-Aktivistin freut sich, „wenn der Gerichtssaal sich füllt oder parallel lustige Dinge mit Bezug auf den Prozess passieren. Der Energie-Kletter-Widerstand lässt sich nicht kriminalisieren!“

Interessierte mögen am 11. November um 8.15 Uhr am Amtsgericht Tiergarten, Kirchstraße 6 in Berlin, erscheinen. Der Prozess beginnt um 8.45 Uhr im Saal 1002. Vorher erfolgt eine Eingangskontrolle.



ZUHAUSE IM BI-BÜRO

Der Polizeibericht sprach von zwei „jungen Frauen“, die tagsüber und ohne jede Scheu Protestplakate geklebt hatten. Lucia Wenthe, eine der beiden Beschuldigten, war damals schon gute 60, aber sie empfand die Bezeichnung durchaus als angemessen: Aktiver Widerstand hält jung. Von Birgit Huneke und Peter Bauhaus

Kaum eine soziale Bewegung, die nacheinander von mehr als einer Generation getragen wird. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) ist die absolute Ausnahme – mit einer Reihe von Persönlichkeiten, die selbst absolute Ausnahmereisnerungen sind. Lucia ist eine von ihnen. Fast fünfundzwanzig Jahre war sie die verlässliche Größe im BI-Büro. An ihr kam niemand vorbei – wollte es vermutlich auch gar nicht, denn Lucia war vieles gleichzeitig: Aktivistin, Sekretärin, Logistikzentrale, lebendiges Adressbuch und Gedächtnis der Bewegung. Wer von außerhalb anrief, mochte sich wundern über die schwäbische Einfärbung des wendländischen Widerstandes, wer Lucia kannte, war beeindruckt von ihren Vernetzung mit der Anti-Atom-Szene. Die BI hat in ihrer langjährigen Geschichte nicht selten „das ganz große Rad gedreht“ – da kamen ihr die professionellen Erfahrungen der früheren Chefsekretärin des Roten Kreuzes in Stuttgart gerade recht. Politisches Engagement hatte für Lucia schon damals begonnen, das Thema Demonstrationsfreiheit hat sie

ihr ganzes weiteres Leben beschäftigt, bei Blockaden in Mutlangen, in Castorzeiten und dann noch einmal bei Stuttgart 21.

Ende der Achtzigerjahre hatte der Gasthof Meuchefitz per taz-Anzeige nach Mitmacher/-innen gesucht. Lucia (die damals noch Astrid hieß) kehrte Stuttgart den Rücken und zog ins rebellische Wendland. Ein bewusster Bruch ihrer Biografie. Fortan nannte sie sich Lucia, ihr alter Name blieb im Süden. Als sich in Meuchefitz für sie keine Lebensperspektive ergab, zog sie nach Vietze. Später lebte sie für viele Jahre in Büllitz, dann in Ganse. Ihr Interesse für Menschen am Rande der Gesellschaft, ihr Engagement unter anderem für politische Gefangene war immer hellwach. Reisen führten sie nach Ankara, Istanbul und Kurdistan. Als aktive Begleiterin unterstützte sie eine türkische Theatergruppe auf ihrer Deutschland-Tournee.

Ihr Leben im Wendland richtete sie bald ganz auf den Widerstand aus, das BI-Büro wurde ihr zweites Zuhause – insbesondere während der Castortransporte. Wer weiß, wie viele hundert Seiten Allgemeinverfügung und anwaltliche Stellungnahmen sie durch das Faxgerät geschoben hat. Lucia meldete Demos und Kundgebungen an, setzte Telefonketten in Gang, koordinierte Presse- und andere Termine, gab Auswärtigen letzte Informationen, verkaufte aktuelles Demomaterial, telefonierte, telefonierte, telefonierte.

... Und wenn sich während der Atommülltransporte das Zentrum des Protests zur ESSO-Wiese verlagerte, kampierte sie in einem winzigen Hinterraum des Büros neben dem Telefon. Auch nach der Einfahrt der Transporte ins Zwischenlager fuhr sie nicht nach Hause. Zu viel zu tun! Nur einmal hat sie sich in der Endphase auf die Straße begeben, wollte wenigstens einmal live erleben, wie es „draußen“ ist. Kraft holte sich Lucia in ihrem Garten. Sie baute Masken, malte auf Seide, stellte aus.

2008 stand der Umzug des BI-Büros in die Lüchower Rosenstraße an. Der Abschied aus den alten Räumen fiel ihr sichtlich schwer, die Umstellung auf neue Medien und der Umgang mit den jungen Mitarbeitern wurden zur Herausforderung, denn nicht nur ihr Gehör ließ nach. Trotzdem saß sie bis zum August 2013 dreimal in der Woche ab 7.30 Uhr an „ihrem“ Computer – verlässlich und routiniert, aber irgendwann ohne die gewohnten Aufgaben.

Lucias Humor war nicht immer offensichtlich, aber es gab ihn. Ein eher trockener Humor, der nun mit ihrer Demenz eine ganz besondere Note bekommt. Mittlerweile lebt Lucia betreut in einem Heim. Der Kalender liegt auf ihrem Rollator, das Telefonbuch hat sie griffbereit in ihrer

Handtasche. Und wenn es notwendig ist, gibt sie gerne noch einmal eine Telefonnummer heraus. Lucia freut sich über Besuch. Die Erinnerungen sind in ihr – auch wenn sie sie nicht mehr in Erzählungen und Gesprächen mitteilen kann.

Spenden auch für die BI

Der Wunde.r.punkt im wendländischen Dorf Breese in der Marsch versteht sich als politisch-ökologischer Punkt im Rahmen der jährlich stattfindenden Kulturellen Landpartie (KLP). Der Schwerpunkt des Veranstaltungsortes liegt auf dem Widerstand gegen jegliche Form der Nutzung von Atomenergie.

Seit 1973 ein Atomkraftwerk in Langendorf geplant wurde, sind Atomkraft und der Widerstand dagegen das beherrschende Thema im Landkreis. In der Ausstellung *Widerstand bleibt* wurde bei der diesjährigen Landpartie in einem bebilderten Zeitstrahl die Geschichte rund um Gorleben und politische Aussagen dokumentiert und diese mit dem so genannten Restrisiko, also den atomaren Störfällen global, konfrontiert. Die Ausstellung wurde gestaltet von Frank Hautog mit Fotos von Ingrid und Werner Lowin und Input vom Team des Wunde.r.punktes Breese in der Marsch.

Durch die kunsthandwerklichen Ausstellungen, die politischen und künstlerischen Veranstaltungen und nicht zuletzt die kulinarischen Angebote konnte der Punkt einen neuen Besucherrekord verzeichnen, so dass Ende September ein Überschuss in Höhe von 6500 Euro an verschiedene Hilfs- und Widerstandsgruppen werden konnte.

Ein Betrag von 3000 Euro ging an die Fukushima Collaborative Clinic, über die während der KLP im Vortrag *Fukushima 360°* informiert wurde und die sich um die Opfer der Atomkatastrophe kümmert.

Jeweils 1000 Euro erhielten die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und das Gorleben-Archiv. Weitere je 500 Euro stellten die Veranstalter Institutionen zur Verfügung, die auch außerhalb der Castorzeiten Mittel benötigen: der Rechtshilfe Gorleben, dem Untersuchungsausschuss Wendland und dem Kulturverein Platenlaase.



Fotos: I. und W. Lowin, Privat

Marianne Fritzen Promenade



BLICKWEXEL

Im September besuchte die ehemalige Königin der Niederlande, Prinzessin Beatrix, die Stadt Hitzacker, um der Namensgebung der neugestalteten „Prinz-Claus-Promenade“ beizuwohnen. Das inspirierte ortsansässige Atomkraftgegner, die in der Nacht vor dem höfischen Besuch eine augenzwinkernde Aktion starteten und den Spazierweg auf den Namen „Marianne-Fritzen-Promenade“ taufte. „Hier in Lüchow -Dannenberg leben so viele Menschen, die mit Kreativität und Lebensfreude für eine bessere Zukunft kämpfen. Mit Marianne Fritzen ehren wir eine von diesen Widerständler/-innen. Eine herausragende Persönlichkeit, eine wirklich große, alte Dame unseres Landkreises.“

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

LÜGEN, BETRÜGEN, DESINFORMIEREN UND: ABSAHNEN



Die Castortransport rollen grade nicht ins Wendland. Aber Atommüll ist in Hülle und Fülle vorhanden. Jeder will ihn gerne loswerden. Wohin damit? Wie beseitigen? Jahre nach dem Beschluß zum Ausstieg aus der AKW-Technologie wurde eine Kommission gegründet, die in einigen Jahren ein Konzept für die Suche eines Endlagers vorlegen soll. Wenn sie sich einig ist. Und wenn nicht?

Atommüll ist geduldig. Er „lebt“ länger als menschliche Zivilisation. Aber Menschen können nicht so lange warten. Der Profit mit der Atom-„Energie“ ist

gemacht. Jetzt kommen die Kosten. Die will keiner haben – am allerwenigsten die, die den Profit damit gemacht haben.

Sie werden mit Hilfe ihrer Kostgänger in der Politik dafür sorgen, daß wir die Kosten tragen. Dagegen etwas unternehmen? Ja, aber was? Wer einen Gegner schlagen will, muß ihn kennen. Aber wie soll das gehen? Na, so wie Menschen eben lernen, mit spielen. Werde Besitzer von Atommüll-Fässern – egal ob gewässert aus der Asse oder gerostet aus einem Lager. Und dann versuche den Müll loszuwerden.

Wer das als Erster geschafft hat, hat gewonnen – und vielleicht dabei etwas gelernt. Das ist die Spiel-Idee des SUPER-**GAUDI** aus der Grünen Werkstatt.

Gegen eine Spende, empfohlen sind 35 Euro, die der Grünen Werkstatt Wendland zugute kommen, kann Mensch das Spiel in Lüchow im Büro der Bürgerinitiative Umweltschutz oder in der Alten Jeetzel Buchhandlung bekommen.

Alternativ: www.Gruene-Werkstatt-Wendland.de
Info und Bestellung.



Spendenkonto
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de